

H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG Berlin

Short-form audit report
Financial statements as of
December 31, 2022

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Table of contents

Bestätigungsvermerk/Independent auditor's report
Financial reporting

Engagement Terms, Liability and Conditions of Use (german version)
Engagement Terms, Liability and Conditions of Use (english translation)
General Engagement Terms (german version)
General Engagement Terms (english translation)

Note:

We have issued the independent auditor's report presented below in compliance with legal and professional requirements subject to the conditions described in the enclosed "Engagement Terms, Liability and Conditions of Use."

If an electronic version of this document is used for disclosure in accordance with Sec. 325 HGB, only the files containing the financial reporting and, in the case of a statutory audit, the independent auditor's report, are intended for this purpose.



Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die Angaben in Abschnitt "Allgemeine Hinweise" im Anhang, in dem die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschaft im Prognosezeitraum bis zum 1. Juli 2024 mit negativen Cashflows in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe plant. Diesen Finanzmittelbedarf kann die Gesellschaft nicht aus den ihr zum Aufstellungsdatum vorliegenden Finanzmitteln selbst begleichen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 eine Finanzierungsrunde und eine Neustrukturierung, mit dem Ziel einen neuen Investor aufzunehmen und weiteres Kapital für die Zukunft zu sichern, erfolgreich abgeschlossen. Im März 2022 hat die Gesellschaft mit ihren bis dato bestehenden Gesellschaftern und einem Finanzinvestor eine Vereinbarung geschlossen („Accession Agreement“), in welchem sich die Parteien verpflichten, die Gesellschaft mit einem Betrag in Höhe von EUR 108,9 Mio. durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zu unterstützen. Es wurde auch ein neuer Gesellschaftsvertrag (Limited Partnership Agreement) aufgesetzt, der Mitte 2022 in Kraft trat. Das „Accession Agreement“ ersetzt die bisherige Ausstattungsverpflichtung aus dem bestehenden Gesellschaftsvertrag vom 17. April 2014 mit den letzten Änderungen vom 28. Oktober 2021.

Die zugesagten finanziellen Mittel aus dem Accession Agreement waren jedoch bei der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht vollständig geleistet. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und somit zur Fortführung ihrer Unternehmenstätigkeit ist die Gesellschaft daher auf die Bereitstellung der weiteren, benötigten finanziellen Mittel im Prognosezeitraum durch die Gesellschafter angewiesen. Voraussichtlich wird die Gesellschaft auch über den Prognosehorizont hinaus von der finanziellen Unterstützung durch die Gesellschafter abhängig sein. Insofern liegt ein bestandsgefährdendes Risiko vor.

Damit wird auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hingewiesen, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unser Prüfungsurteil ist bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ▶ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- ▶ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Gesellschaft abzugeben;
- ▶ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ▶ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;



- ▶ beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, 26. Juni 2023

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hofmann
Wirtschaftsprüfer

Bilz
Wirtschaftsprüfer



The translation of this audit opinion reads as follows:

Independent auditor's report

To H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG

Opinion

We have audited the annual financial statements of H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin, which comprise the balance sheet as at December 31, 2022, the income statement for the fiscal year from January 1, to December 31, 2022 and notes to the financial statements, including the recognition and measurement policies presented therein.

In our opinion, on the basis of the knowledge obtained in the audit the accompanying annual financial statements comply, in all material respects, with the requirements of German commercial law applicable to partnerships for the purposes of Sec. 264a (1) HGB and give a true and fair view of the assets, liabilities and financial position of the Company as at December 31, 2022 and of its financial performance for the fiscal year from January 1 to December 31, 2022 in compliance with German legally required accounting principles.

Pursuant to Sec. 322 (3) Sentence 1 HGB, we declare that our audit has not led to any reservations relating to the legal compliance of the annual financial statements.

Basis for the opinion

We conducted our audit of the annual financial statements in accordance with Sec. 317 HGB and in compliance with German Generally Accepted Standards for Financial Statement Audits promulgated by the Institut der Wirtschaftsprüfer [Institute of Public Auditors in Germany] (IDW). Our responsibilities under those requirements and principles are further described in the „Auditor's responsibilities for the audit of the annual financial statements" section of our auditor's report. We are independent of the Company in accordance with the requirements of German commercial and professional law, and we have fulfilled our other German professional responsibilities in accordance with these requirements. We believe that the audit evidence we have obtained is sufficient and appropriate to provide a basis for our opinion on the annual financial statements.



Material uncertainty about the Company's ability to continue as a going concern

We refer to the information in section "General" of the notes to the financial statements, according to which the company plans to generate negative cash flows in the mid-double-digit million range during the forecast period up to July 1, 2024. The Company's funds are not sufficient to cover this financial requirement as of the date of the preparation of the financial statements.

The company successfully completed a financing round and new structuring in financial year 2022, with the objective of taking on a new investor and securing further capital for the future. At the end of March 2022, the Company concluded an agreement with its shareholders and a financial investor ("Accession Agreement"), in which the parties commit themselves to the payment of funds in the amount of EUR 108.9 million. A new Limited Partnership Agreement was also signed, which became effective in the mid 2022. The "Accession Agreement" replaces the equity obligation from the existing Shareholder Agreement of April 17, 2014, with the last amendments of October 28, 2021.

The financial support made available under the Accession Agreement, however, had not yet been provided in full at the time the annual financial statements were prepared. In order to maintain its solvency and thus to continue its business operations, the Company is therefore dependent on the shareholders providing the further financial resources required during the forecast period. It is expected that the company will continue to be dependent on the financial support of its shareholders beyond the forecast period. In this respect, there is a going concern risk.

As presented in section "General" of the notes to the financial statements, these events or conditions indicate that a material uncertainty exists that may cast significant doubt on the Company's ability to continue as a going concern and that represents a going concern risk pursuant to Sec. 322 (2) Sentence 3 HGB.

Our opinion is not modified in respect of this matter.

Responsibilities of the executive directors for the annual financial statements

The executive directors are responsible for the preparation of the annual financial statements that comply, in all material respects, with the requirements of German commercial law applicable to partnerships for the purposes of Sec. 264a (1) HGB, and that the annual financial statements give a true and fair view of the assets, liabilities, financial position and financial performance of the Company in compliance with



German legally required accounting principles. In addition, the executive directors are responsible for such internal control as they, in accordance with German legally required accounting principles, have determined necessary to enable the preparation of annual financial statements that are free from material misstatement, whether due to fraud (i.e., fraudulent financial reporting and misappropriation of assets) or error.

In preparing the annual financial statements, the executive directors are responsible for assessing the Company's ability to continue as a going concern. They also have the responsibility for disclosing, as applicable, matters related to going concern. In addition, they are responsible for financial reporting based on the going concern basis of accounting, provided no actual or legal circumstances conflict therewith.

Auditor's responsibilities for the audit of the annual financial statements

Our objectives are to obtain reasonable assurance about whether the annual financial statements as a whole are free from material misstatement, whether due to fraud or error, as well as to issue an auditor's report that includes our opinion on the annual financial statements.

Reasonable assurance is a high level of assurance, but is not a guarantee that an audit conducted in accordance with Sec. 317 HGB and in compliance with German Generally Accepted Standards for Financial Statement Audits promulgated by the Institut der Wirtschaftsprüfer [Institute of Public Auditors in Germany] (IDW) will always detect a material misstatement. Misstatements can arise from fraud or error and are considered material if, individually or in the aggregate, they could reasonably be expected to influence the economic decisions of users taken on the basis of these annual financial statements.

We exercise professional judgment and maintain professional skepticism throughout the audit. We also:

- ▶ Identify and assess the risks of material misstatement of the annual financial statements, whether due to fraud or error, design and perform audit procedures responsive to those risks, and obtain audit evidence that is sufficient and appropriate to provide a basis for our opinion. The risk of not detecting a material misstatement resulting from fraud is higher than the risk of not detecting a material misstatement resulting from error, as fraud may involve collusion, forgery, intentional omissions, misrepresentations, or the override of internal control.

- ▶ Obtain an understanding of internal control relevant to the audit of the annual financial statements and of arrangements and measures (systems) relevant to the audit of the management report in order to design audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of these systems of the Company.
- ▶ Evaluate the appropriateness of accounting policies used by the executive directors and the reasonableness of estimates made by the executive directors and related disclosures.
- ▶ Conclude on the appropriateness of the executive directors' use of the going concern basis of accounting and, based on the audit evidence obtained, whether a material uncertainty exists related to events or conditions that may cast significant doubt on the Company's ability to continue as a going concern. If we conclude that a material uncertainty exists, we are required to draw attention in the auditor's report to the related disclosures in the annual financial statements or, if such disclosures are inadequate, to modify our opinion. Our conclusions are based on the audit evidence obtained up to the date of our auditor's report. However, future events or conditions may cause the Company to cease to be able to continue as a going concern.
- ▶ Evaluate the overall presentation, structure and content of the annual financial statements, including the disclosures, and whether the annual financial statements present the underlying transactions and events in a manner that the annual financial statements give a true and fair view of the assets, liabilities, financial position and financial performance of the Company in compliance with German legally required accounting principles.

We communicate with those charged with governance regarding, among other matters, the planned scope and timing of the audit and significant audit findings, including any significant deficiencies in internal control that we identify during our audit.

H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin
Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva	31.12.2021		Passiva	31.12.2021	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Feste Kapitalanteile der Kommanditisten	274.303,00	101.092,00
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	424.348,36	403.518,85	II. Rücklagenkonten der Kommanditisten	136.737.016,59	111.161.844,39
II. Sachanlagen			III. Verlustkonten der Kommanditisten	-100.186.872,84	-70.074.941,31
1. Technische Anlagen und Maschinen	27.913.763,59	26.603.354,45		36.824.446,75	41.187.995,08
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	178.351,99	163.486,76	B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	25.000,00	25.000,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.637.943,28	6.803.384,41	C. Rückstellungen		
	30.730.058,86	33.570.225,62	Sonstige Rückstellungen	5.739.111,47	728.145,50
III. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten		
Beteiligungen	42.211,55	25.000,00	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	468.686,96	0,00
	31.196.618,77	33.998.744,47	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.979.458,89	1.906.799,41
B. Umlaufvermögen			3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.031,89	4.572,82
I. Vorräte			4. Sonstige Verbindlichkeiten	534.983,17	9.792.588,50
Waren	107.334,97	120.977,40		2.993.160,91	11.703.960,73
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.450.000,00	5.602,24
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.282.168,27	1.066.049,93			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	2.438.338,46	9.399.627,79			
	3.720.506,73	10.465.677,72			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	11.633.508,12	8.681.990,16			
	15.461.349,82	19.268.645,28			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	373.750,54	383.313,80			
	47.031.719,13	53.650.703,55		47.031.719,13	53.650.703,55

H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin
Gewinn- und Verlustrechnung für 2022

	EUR	EUR	2021 EUR
1. Umsatzerlöse	5.212.603,85		3.470.934,05
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.754.601,57</u>		<u>1.203.075,97</u>
		6.967.205,42	<u>4.674.010,02</u>
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		5.384.740,40	2.734.684,98
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.787.647,46		2.784.093,96
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 127.627,45 (Vj. EUR 50.800,96)	<u>814.221,87</u>		<u>569.294,07</u>
		4.601.869,33	<u>3.353.388,03</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.727.054,91		6.049.917,73
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>19.366.155,16</u>		<u>12.128.042,14</u>
		37.079.819,80	<u>24.266.032,88</u>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		927,43	<u>36,36</u>
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		244,58	<u>9,55</u>
9. Ergebnis nach Steuern/Jahresfehlbetrag		-30.111.931,53	-19.591.996,05
10. Belastung auf Verlustkonten der Kommanditisten		<u>30.111.931,53</u>	<u>19.591.996,05</u>
11. Ergebnis nach Verwendungsrechnung		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

H2-Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin

Anhang für das Geschäftsjahr 2022

Registerinformationen

Die Gesellschaft ist unter der Firma H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG mit Sitz in Berlin im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin Charlottenburg unter der Nummer HRA 50462 B eingetragen.

Allgemeine Hinweise

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte entsprechend der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

Die Gesellschaft plant im Prognosezeitraum bis zum 1. Juli 2024 mit negativen Cashflows in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Diesen Finanzmittelbedarf kann die Gesellschaft nicht aus den ihr zum Aufstellungsdatum vorliegenden Finanzmitteln selbst begleichen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 eine Finanzierungsrunde und eine Neustrukturierung, mit dem Ziel einen neuen Investor aufzunehmen und weiteres Kapital für die Zukunft zu sichern, erfolgreich abgeschlossen. Im März 2022 hat die Gesellschaft mit ihren bis dato bestehenden Gesellschaftern und einem Finanzinvestor eine Vereinbarung geschlossen („Accession Agreement“), in welchem sich die Parteien verpflichten, die Gesellschaft mit einem Betrag in Höhe von EUR 108,9 Mio. durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zu unterstützen. Es wurde auch ein neuer Gesellschaftsvertrag (Limited Partnership Agreement) aufgesetzt, der Mitte 2022 von allen Gesellschaftern unterschrieben wurde. Das „Accession Agreement“ ersetzt die bisherige Ausstattungsverpflichtung aus dem bestehenden Gesellschaftsvertrag vom 17. April 2014 mit den letzten Änderungen vom 28. Oktober 2021. Das Closing der Finanzierungsrunde und damit auch das Inkrafttreten des im „Accession Agreement“ enthaltenen neuen Gesellschaftsvertrag (Limited Partnership Agreement) erfolgte im Juli 2022.

Die zugesagten finanziellen Mittel aus dem Accession Agreement waren jedoch bei der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht vollständig geleistet. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und somit zur Fortführung ihrer Unternehmenstätigkeit ist die Gesellschaft daher auf die Bereitstellung der weiteren, benötigten finanziellen Mittel im Prognosezeitraum durch die Gesellschafter angewiesen. Voraussichtlich wird die Gesellschaft auch über den Prognosehorizont hinaus von der finanziellen Unterstützung durch die Gesellschafter abhängig sein. Insofern liegt ein bestandsgefährdendes Risiko vor.

Auf Basis des bisherigen Geschäftsverlaufs und der bestehenden Gesellschaftsverträge wird zum Zeitpunkt der Aufstellung von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen.

Da die Gesellschaft nicht mindestens zwei der nachfolgenden Merkmale

- 6 000 000 EUR Bilanzsumme
- 12 000 000 EUR Umsatzerlöse
- im Jahresdurchschnitt fünfzig Arbeitnehmer

an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreitet, ist das Unternehmen eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 (1) HGB i. V. m. § 264a HGB.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Bilanzposten und Davon – Vermerke im Anhang erfolgt.

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Immaterielle Vermögensgegenstände sowie das **Sachanlagevermögen** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert.

Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der immateriellen Vermögensgegenstände liegen zwischen 3 und 5 Jahren, die technischen Anlagen (Wasserstofftankstellen) werden über 8 Jahre abgeschrieben, die Nutzungsdauern der Betriebs- und Geschäftsausstattung liegen zwischen 3 und 15 Jahren.

Bei den Anlagen im Bau handelt es sich um im Bau befindliche Wasserstofftankstellen, welche im Zeitpunkt der Fertigstellung umgebucht und planmäßig abgeschrieben werden. Diese sind mit den Anschaffungskosten bewertet.

Investitionszuschüsse werden bei Entstehung des Anspruchs von den Anschaffungskosten direkt abgesetzt.

H2 Mobility bildet beim Ausweis der Betriebs- und Geschäftsausstattung keine Sammelposten. Der Ausweis erfolgt einzeln.

Bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von 800,00 EUR wurden im laufenden Geschäftsjahr sofort abgeschrieben.

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden einem Niederstwerttest unterzogen und bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, um diese Vermögensgegenstände mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist.

Die **Finanzanlagen** werden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Vorräte** (Wasserstoff) werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert bilanziert. Angesetzt wird ein auf Basis des FIFO-Verfahrens (First in, First out) ermittelter Wert.

Die **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. Investitionszuschüsse werden zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs als sonstige Forderungen in Höhe der bilanzierten Anschaffungskosten der förderfähigen Vermögensgegenstände angesetzt.

Flüssige Mittel wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungzinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Verbindlichkeiten und erhaltene Anzahlungen wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Angaben zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind – wie im Vorjahr – kurzfristig.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegen Gesellschafter i. H. v. 52,4 TEUR; (VJ: 2,9 TEUR).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten insbesondere Forderungen aus Fördermitteln i. H. v. 682,0 TEUR aus 2020 und 512,5 TEUR aus 2022, Forderungen aus Entschädigungen i. H. v. 582,5 TEUR, Vorsteuererstattungen i. H. v. 439,4 TEUR sowie Stromnachforderungen 2022, i. H. v. 57,4 TEUR.

Sonstige Rückstellungen

Aufgrund der Neustrukturierung der Gesellschaft mit neuem Gesellschaftsvertrag im Geschäftsjahr 2022, ist die bisher vertraglich geltende Nachschusspflicht der Gesellschafter bei einer Abwicklung der Gesellschaft zur Deckung der Abrisskosten der Wasserstofftankstellen weggefallen. Daher wurden mit Wirkung zum 31. Dezember 2022 Rückstellungen für Abrisskosten aller Bestandsanlagen und der Anlagen im Bau in Form einer Ansammlungsrückstellung i. H. v. 4.160,3 TEUR gebildet. Die Kostenschätzung für die Abrisskosten pro Station basiert auf bereits abgewickelten Rückbau-Projekten.

Verbindlichkeiten

Die erhaltenen Anzahlungen beinhalten ausschließlich die ausgegebenen Tankgutscheine.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern i. H. v. 816,3 TEUR; (VJ: 808,4 TEUR).

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 10,0 TEUR; (VJ: 4,6 TEUR) handelt es sich um die Geschäftsführervergütung sowie die Verlustübernahme der H2 Mobility Deutschland Verwaltungs GmbH.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind neben Verbindlichkeiten gegenüber Fördermittelgebern i. H. v. 519,3 TEUR (VJ: 0 TEUR) auch Verbindlichkeiten aus Steuern i. H. v. 16,8 TEUR (VJ: 48,8 TEUR) enthalten.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Sie betragen 2.993,2 TEUR; (VJ: 11.704,0 TEUR).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind ausschließlich Baukostenzuschüsse enthalten, welche die Gesellschaft aus privater Hand im Zusammenhang mit dem Bau von neuen Tankstellen erhalten hat.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

In den Umsatzerlösen 5.212,6 TEUR (VJ: 3.470,9 TEUR) sind 412,5 TEUR Erlöse aus dem THG Quotenhandel 2021 enthalten.

Abschreibungen

In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen i. H. v. 1.481,9 TEUR enthalten, die in voller Höhe auf geschlossene Tankstellen entfallen.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt den Gesellschaftern folgende Ergebnisverwendung vor:

Der Jahresfehlbetrag i. H. v. 30.111,6 TEUR (VJ: 19.591,9 TEUR) wird den Verlustkonten der Kommanditisten belastet.

Sonstige Pflichtangaben

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 41 (VJ: 35) Mitarbeiter beschäftigt.

Die persönlich haftende Gesellschafterin, die H2 Mobility Deutschland Verwaltungs GmbH, Berlin, verfügt über ein Stammkapital i. H. v. 25 TEUR. Sie ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane

Während des Geschäftsjahres wurden die Geschäfte durch die alleinvertretungsberechtigte H2 MOBILITY Deutschland Verwaltungs GmbH, Berlin, und diese durch ihre Geschäftsführer Nikolas Iwan (bis 21. April 2023), Frank Fronzke (seit 21. April 2023), Lorenz Jung (seit 21. April 2023) und Martin Jüngel (seit 21. April 2023) geführt.

Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse, die im Zusammenhang mit Rückbauverpflichtungen und gem. § 251 HGB im Anhang anzugeben sind, bestanden in Form eines Avals in Höhe von 225,0 TEUR sowie zweier

Bankbürgschaften gegenüber den Vermietern in Höhe von insgesamt 26,5 TEUR. Das Risiko einer Inanspruchnahme wird als gering eingeschätzt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Haftungsverhältnissen bestehen in Höhe von 7.011,3 TEUR (VJ: 8.184,3 TEUR) sonstige finanzielle Verpflichtungen. Diese resultieren im Wesentlichen aus Bestellobligos aus bereits erteilten Anlagenbestellungen gegenüber mehreren Kommanditisten in Höhe von 6.723,8 TEUR (VJ: 8.842,1 TEUR).

Nachtragsbericht

Ereignisse mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gesellschaft waren nach dem Bilanzstichtag nicht zu verzeichnen.

Berlin, den 23. Juni 2023



Frank Fronzke

(Geschäftsführer)



Lorenz Jung

(Geschäftsführer)



Martin Jünger

(Geschäftsführer)

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	01.01.2022	Zugänge	Umbuchungen	31.12.2022	01.01.2022	Zugänge	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.086.158,30	288.426,51	0,00	2.374.584,81	1.682.639,45	267.597,00	1.950.236,45	424.348,36	403.518,85
II. Sachanlagen									
1. Technische Anlagen und Maschinen	42.085.595,22	190.938,78	7.592.768,81	49.869.302,81	15.482.240,77	6.473.298,45	21.955.539,22	27.913.763,59	26.603.354,45
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	608.856,08	100.827,58	21.435,00	731.118,66	445.369,32	107.397,35	552.766,67	178.351,99	163.486,76
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.803.384,41	3.869.663,79	-7.156.342,81	3.516.705,39	0,00	878.762,11	878.762,11	2.637.943,28	6.803.384,41
	49.497.835,71	4.161.430,15	457.861,00 *)	54.117.126,86	15.927.610,09	7.459.457,91	23.387.068,00	30.730.058,86	33.570.225,62
III. Finanzanlagen									
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	17.211,55	0,00	42.211,55	0,00	0,00	0,00	42.211,55	25.000,00
	51.608.994,01	4.467.068,21	457.861,00 *)	56.533.923,22	17.610.249,54	7.727.054,91	25.337.304,45	31.196.618,77	33.998.744,47

*) Die Umbuchung in Höhe von EUR 457.861,00 betrifft die in der Vergangenheit erhaltenen Fördermittel, welche von den Anschaffungskosten einer sich im Bau befindlichen Tankstelle abgezogen wurden. Da diese Tankstelle im Geschäftsjahr 2022 abgerissen wurde, sind die erhaltenen Fördermittel in die sonstigen Verbindlichkeiten umgebucht worden.

H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin
Balance sheet as of December 31, 2022

Assets	31.12.2021		Equity and liabilities	31.12.2021	
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Fixed assets			A. Equity		
I. Intangible assets			I. Limited shareholders' fixed capital share accounts	274,303.00	101,092.00
Purchased franchises, industrial and similar rights and assets, and licenses in such rights and assets	424,348.36	403,518.85	II. Limited shareholders' reserve accounts	136,737,016.59	111,161,844.39
II. Property, plant and equipment			III. Limited shareholders' loss accounts	-100,186,872.84	-70,074,941.31
1. Plant and machinery	27,913,763.59	26,603,354.45		36,824,446.75	41,187,995.08
2. Other equipment, furniture and fixtures	178,351.99	163,486.76	B. Balancing item for own shares capitalised under long-term investments	25,000.00	25,000.00
3. Prepayments and assets under construction	2,637,943.28	6,803,384.41	C. Provisions		
	30,730,058.86	33,570,225.62	Other provisions	5,739,111.47	728,145.50
III. Financial Assets			D. Liabilities		
Shares in affiliates	42,211.55	25,000.00	1. Advance payments received	468,686.96	0.00
	31,196,618.77	33,998,744.47	2. Trade payables	1,979,458.89	1,906,799.41
B. Current assets			3. Liabilities to affiliates	10,031.89	4,572.82
I. Inventories			4. Other liabilities	534,983.17	9,792,588.50
Goods	107,334.97	120,977.40		2,993,160.91	11,703,960.73
II. Receivables and other assets			E. Deferred income	1,450,000.00	5,602.24
1. Trade receivables	1,974,448.88	1,066,049.93			
2. Other assets	1,746,057.85	9,399,627.79			
	3,720,506.73	10,465,677.72			
III. Cash-in-hand and bank balances	11,633,508.12	8,681,990.16			
	15,461,349.82	19,268,645.28			
C. Prepaid expenses	373,750.54	383,313.80			
	47,031,719.13	53,650,703.55		47,031,719.13	53,650,703.55

H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, Berlin
Income statement for 2022

	EUR	EUR	2021 EUR
1. Revenue	5,212,603.85		3,470,934.05
2. Other operating income	<u>1,754,601.57</u>		<u>1,203,075.97</u>
		6,967,205.42	<u>4,674,010.02</u>
3. Cost of materials			
Costs for consumables, supplies and goods purchased		5,384,740.40	2,734,684.98
4. Personnel expenses			
a) Wages and salaries	3,787,647.46		2,784,093.96
b) Social security, pension and other benefit costs	<u>814,221.87</u>		569,294.07
thereof for old-age pensions: EUR 127,627.45 (prior year: EUR 50,800.96)		4,601,869.33	<u>3,353,388.03</u>
5. Amortization and depreciation of intangible assets and property, plant and equipment	7,727,054.91		6,049,917.73
6. Other operating expenses	<u>19,365,838.21</u>		<u>12,128,042.14</u>
		37,079,502.85	<u>24,266,032.88</u>
7. Interest and similar income		927.43	<u>36.36</u>
8. Income taxes		244.58	<u>9.55</u>
9. Net loss for the year after taxes/Net loss for the year		-30,111,614.58	-19,591,996.05
10. Offsetting with the limited shareholders' loss accounts		<u>30,111,614.58</u>	<u>19,591,996.05</u>
11. Result after offsetting with the limited shareholders' loss accounts		<u>0.00</u>	<u>0.00</u>

H2-Mobility Germany GmbH & Co. KG, Berlin

Notes for the fiscal year 2022

Register information

The company H2 Mobility Deutschland GmbH & Co. KG, with its registered office in Berlin, is registered in the commercial register of the Berlin Charlottenburg Local Court under the number HRA 50462 B.

General notes

The annual financial statements were prepared on the basis of the accounting and valuation regulations of the German GAAP "Handelsgesetzbuch" (HGB). In addition to these regulations, the provisions of the Partnership Agreement had to be observed. The annual financial statements have been prepared based on the going concern assumption.

In the forecast period up to July 1, 2024, the Company expects negative cash flows in the mid double-digit million range. The Company will not be able to meet these cash requirements from the financial resources available on its bank accounts at the preparation date.

In fiscal year 2022, the Company successfully completed a financing round and a restructuring with the aim of taking on a new investor and securing further capital for the future. In March 2022, the Company entered into an agreement with its previously existing shareholders and a financial investor ("Accession Agreement"), in which the parties undertook to support the Company with an amount of EUR 108.9 million by providing financial resources. A new Limited Partnership Agreement was also drawn up and signed by all shareholders in mid-2022. The "Accession Agreement" replaces the previous funding commitment from the existing partnership agreement dated April 17, 2014 with the latest amendments dated October 28, 2021. The closing of the financing round and thus also the entry into force of the new Limited Partnership Agreement contained in the "Accession Agreement" took place in July 2022.

However, the financial resources committed under the Accession Agreement had not yet been provided in full when the financial statements were prepared. In order to maintain solvency and thus to continue its business activities, the Company is therefore dependent on the shareholders providing the further financial resources required during the forecast period. It is likely that the company will continue to be dependent on financial support from its shareholders beyond the forecast period. In this respect, there is a going concern risk.

On the basis of the business performance to date and the existing partnership agreements, it is assumed at the time of preparation that the company will continue as a going concern.

Since the company didn't exceed at least two of the three following criteria

- Balance sheet total 6 000 000 €
- Revenues 12 000 000 €
- Average Employees 50

on the balance sheet dates of two consecutive fiscal years, the company is a small corporation within the meaning of § 267 (1) HGB in connection with § 264a HGB.

In the interest of clarity, some items from the statement of financial position and the income statement have been combined and disclosed separately and explained in the notes.

Disclosures on accounting and valuation

The main accounting and valuation methods applied unchanged in the preparation of the annual financial statements were as follows.

Intangible assets and property, plant and equipment are stated at cost less scheduled straight-line depreciation.

The normal useful lives of intangible assets are between 3 and 5 years, technical equipment (hydrogen refueling stations – "HRS") is depreciated over 8 years, and the useful lives of operating and office equipment are between 3 and 15 years.

The assets under construction are HRS under construction, which are reclassified at the time of completion and depreciated according to schedule. These are valued at acquisition cost.

Investment grants are deducted directly from the acquisition costs when the claim arises.

H2 Mobility does not form a collective item in the disclosure of operating and office equipment. They are reported individually.

Low-value assets up to a value of EUR 800 were written off immediately in the current financial year.

Financial assets are carried at cost.

Inventories (hydrogen) are stated at the lower of cost and net realizable value. A value determined on the basis of the FIFO (first in, first out) method is applied.

Receivables and other assets are stated at the lower of cost or market value. Investment grants are recognized as other receivables at the balance sheet cost of the eligible assets when the entitlement arises.

Cash and cash equivalents are stated at nominal value.

Prepaid expenses include expenditures prior to the balance sheet date to the extent that they represent expenses for a certain period after the balance sheet date.

Other accruals take into account all uncertain liabilities. They are recognized at the settlement amount required according to prudent business judgment (i.e. including future cost and price increases). Provisions with a remaining term of more than one year are generally recognized at the amount expected to be required to settle them. Provisions with a remaining term of more than one year are generally discounted at the average market interest rate corresponding to their remaining term. The interest rates applied are based on the discount rates of the Deutsche Bundesbank pursuant to Section 253 (2) HGB.

Liabilities and advance payments received have been recognized at the settlement amount.

Deferred income includes income received prior to the balance sheet date to the extent that it represents income for a certain period after the balance sheet date.

Notes to the balance sheet

Fixed assets

The development of the individual fixed asset items is shown in the Analysis of Changes in Fixed Assets, together with details of depreciation and amortization for the financial year.

Receivables and other assets

As in the previous year, all receivables and other assets are current.

Trade receivables include receivables from shareholders in the amount of EUR 52.4k (previous year: EUR 2.9k).

Other assets include in particular receivables from subsidies in the amount of EUR 682.0k from 2020 and EUR 512.5k from 2022, receivables from compensation in the amount of EUR 582.5k, VATö refunds in the amount of EUR 439.4k, and electricity back payments in 2022 in the amount of EUR 57.4k.

Other accruals

Due to the restructuring of the Company with a new partnership agreement in the 2022 financial year, the previously contractually applicable obligation of the shareholders to make additional contributions in the event of the winding up of the Company to cover the demolition costs of the HRS no longer applies. Therefore, effective December 31, 2022, provisions for demolition costs for all existing HRS assets and HRS assets under construction were recognized in the form of an accrual in the amount of EUR 4,160.3k. The cost estimate for the demolition costs per station is based on dismantling projects already completed.

Liabilities

Advance payments received exclusively include fuel vouchers issued.

Trade accounts payables include liabilities to shareholders in the amount of EUR 816.3k (previous year: EUR 808.4k).

Liabilities to affiliated companies amount to EUR 10.0k (previous year: EUR 4.6k) and relate to the remuneration of managing directors and the assumption of losses of H2 Mobility Deutschland Verwaltungs GmbH.

In addition to liabilities to funding providers in the amount of EUR 519.3k (previous year: EUR 0k), other liabilities also include liabilities from taxes in the amount of EUR 16.8k (previous year: EUR 48.8k).

As in the previous year, all liabilities have a remaining term of up to one year. They amount to EUR 2,993.2k (previous year: EUR 11,704.0k).

Deferred income

Deferred income relates exclusively to building cost subsidies received by the company from private individuals in connection with the construction of new HRS.

Notes to the income statement**Revenues**

Revenues of EUR 5,212.6k (PY: EUR 3,470.9k) include EUR 412.5k in proceeds from GHG quota trading 2021.

Depreciation and amortization

Depreciation and amortization includes impairment losses of EUR 1,481.9k, the full amount of which relates to closed HRS.

Appropriation of earnings

The Board of Management proposes the following appropriation of earnings to the shareholders:

The net loss for the year in the amount of EUR 30,111.6k (PY: EUR 19,591.9k) will be charged to the loss accounts of the limited partners.

Other mandatory disclosures

The average number of employees during the financial year was 41 (previous year: 35).

The general partner, H2 Mobility Deutschland Verwaltungs GmbH, Berlin, has share capital of EUR 25k. It does not hold any interest in the limited liability capital or the assets of the company.

Information on the members of the corporate bodies

During the financial year, business was conducted by H2 MOBILITY Deutschland Verwaltungs GmbH, Berlin, which has sole power of representation, and by its managing directors Nikolas Iwan (until April 21, 2023), Frank Fronzke (since April 21, 2023), Lorenz Jung (since April 21, 2023) and Martin Jüngel (since April 21, 2023).

Contingent liabilities

Contingent liabilities, which must be disclosed in the notes in connection with restoration obligations and in accordance with Section 251 of the German Commercial Code (HGB), existed in the form of a guarantee in the amount of EUR 225.0k and two bank guarantees to landlords in the total amount of EUR 26.5k. The risk of utilization is considered to be low.

Other financial obligations

In addition to contingent liabilities, there are other financial obligations amounting to EUR 7,011.3k (previous year: EUR 8,184.3k). These mainly result from purchase commitments of EUR 6,723.8k (previous year: EUR 8,842.1k) from plant orders already placed with several limited partners.

Supplementary report

There were no events with a significant impact on the net assets, results of operations and financial position of the Company after the balance sheet date.

Berlin, June 23, 2023



Frank Fronzke

(Managing Director)



Lorenz Jung

(Managing Director)



Martin Jüngel

(Managing Director)

Statement of changes in fixed assets for fiscal year 2022

	Acquisition and production cost			31 Dec 2022	Accumulated amortization, depreciation and write-downs			Net book values	
	1 Jan 2022	Additions	Reclassifications		1 Jan 2022	Additions	31 Dec 2022	31 Dec 2022	31 Dec 2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Intangible assets									
Purchased franchises, industrial and similar rights and assets, and licenses in such rights and assets	2,086,158.30	288,426.51	0.00	2,374,584.81	1,682,639.45	267,597.00	1,950,236.45	424,348.36	403,518.85
II. Property, plant and equipment									
1. Plant and machinery	42,085,595.22	190,938.78	7,592,768.81	49,869,302.81	15,482,240.77	6,473,298.45	21,955,539.22	27,913,763.59	26,603,354.45
2. Other equipment, furniture and fixtures	608,856.08	100,827.58	21,435.00	731,118.66	445,369.32	107,397.35	552,766.67	178,351.99	163,486.76
3. Prepayments and assets under construction	6,803,384.41	3,869,663.79	-7,156,342.81	3,516,705.39	0.00	878,762.11	878,762.11	2,637,943.28	6,803,384.41
	49,497,835.71	4,161,430.15	457,861.00 *)	54,117,126.86	15,927,610.09	7,459,457.91	23,387,068.00	30,730,058.86	33,570,225.62
III. Financial assets									
Shares in affiliates	25,000.00	17,211.55	0.00	42,211.55	0.00	0.00	0.00	42,211.55	25,000.00
	51,608,994.01	4,467,068.21	457,861.00 *)	56,533,923.22	17,610,249.54	7,727,054.91	25,337,304.45	31,196,618.77	33,998,744.47

*) The reclassification in the amount of EUR 457,861.00 relates to grants received in the past, which were deducted from the acquisition costs of a refueling station under construction. As this refueling station was dismantled in fiscal year 2022, the grants received have been reclassified to other liabilities.



Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegt unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.



Translation from the German language

Engagement Terms, Liability and Conditions of Use

We, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, conducted our audit of this financial reporting on behalf of the Company. Besides satisfying the legal disclosure requirement (Sec. 325 HGB [“Handelsgesetzbuch”: German Commercial Code]) for statutory audits, the auditor’s report is addressed exclusively to the Company and was issued for internal purposes only. It is not intended for any other purpose or to serve as a decision-making basis for third parties. The result of voluntary audits summarized in the auditor’s report is thus not intended to serve as a decision-making basis for third parties and must not be used for purposes other than those intended.

Our work is based on our engagement agreement for the audit of this financial reporting and the “General Engagement Terms for Wirtschaftsprüfer and Wirtschaftsprüfungsgesellschaften [German Public Auditors and Public Audit Firms]” as issued by the Institute of Public Auditors in Germany [“Institut der Wirtschaftsprüfer”: IDW] on 1 January 2017.

To clarify, we point out that we assume no responsibility, liability or other obligations towards third parties unless we have concluded a written agreement to the contrary with the respective third party or liability cannot effectively be precluded.

We make express reference to the fact that we will not update the auditor’s report to reflect events or circumstances arising after it was issued, unless required to do so by law.

It is the sole responsibility of anyone taking note of the summarized result of our work contained in this auditor’s report to decide whether and in what way this result is useful or suitable for their purposes and to supplement, verify or update it by means of their own review procedures.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen dagegen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

General Engagement Terms

for

Wirtschaftsprüfer and Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

[German Public Auditors and Public Audit Firms]

as of January 1, 2017

1. Scope of application

(1) These engagement terms apply to contracts between German Public Auditors (*Wirtschaftsprüfer*) or German Public Audit Firms (*Wirtschaftsprüfungsgesellschaften*) – hereinafter collectively referred to as "German Public Auditors" – and their engaging parties for assurance services, tax advisory services, advice on business matters and other engagements except as otherwise agreed in writing or prescribed by a mandatory rule.

(2) Third parties may derive claims from contracts between German Public Auditors and engaging parties only when this is expressly agreed or results from mandatory rules prescribed by law. In relation to such claims, these engagement terms also apply to these third parties.

2. Scope and execution of the engagement

(1) Object of the engagement is the agreed service – not a particular economic result. The engagement will be performed in accordance with the German Principles of Proper Professional Conduct (*Grundsätze ordnungsmäßiger Berufsausübung*). The German Public Auditor does not assume any management functions in connection with his services. The German Public Auditor is not responsible for the use or implementation of the results of his services. The German Public Auditor is entitled to make use of competent persons to conduct the engagement.

(2) Except for assurance engagements (*betriebswirtschaftliche Prüfungen*), the consideration of foreign law requires an express written agreement.

(3) If circumstances or the legal situation change subsequent to the release of the final professional statement, the German Public Auditor is not obligated to refer the engaging party to changes or any consequences resulting therefrom.

3. The obligations of the engaging party to cooperate

(1) The engaging party shall ensure that all documents and further information necessary for the performance of the engagement are provided to the German Public Auditor on a timely basis, and that he is informed of all events and circumstances that may be of significance to the performance of the engagement. This also applies to those documents and further information, events and circumstances that first become known during the German Public Auditor's work. The engaging party will also designate suitable persons to provide information.

(2) Upon the request of the German Public Auditor, the engaging party shall confirm the completeness of the documents and further information provided as well as the explanations and statements, in a written statement drafted by the German Public Auditor.

4. Ensuring independence

(1) The engaging party shall refrain from anything that endangers the independence of the German Public Auditor's staff. This applies throughout the term of the engagement, and in particular to offers of employment or to assume an executive or non-executive role, and to offers to accept engagements on their own behalf.

(2) Were the performance of the engagement to impair the independence of the German Public Auditor, of related firms, firms within his network, or such firms associated with him, to which the independence requirements apply in the same way as to the German Public Auditor in other engagement relationships, the German Public Auditor is entitled to terminate the engagement for good cause.

5. Reporting and oral information

To the extent that the German Public Auditor is required to present results in writing as part of the work in executing the engagement, only that written work is authoritative. Drafts are non-binding. Except as otherwise agreed, oral statements and explanations by the German Public Auditor are binding only when they are confirmed in writing. Statements and information of the German Public Auditor outside of the engagement are always non-binding.

6. Distribution of a German Public Auditor's professional statement

(1) The distribution to a third party of professional statements of the German Public Auditor (results of work or extracts of the results of work whether in draft or in a final version) or information about the German Public Auditor acting for the engaging party requires the German Public Auditor's written consent, unless the engaging party is obligated to distribute or inform due to law or a regulatory requirement.

(2) The use by the engaging party for promotional purposes of the German Public Auditor's professional statements and of information about the German Public Auditor acting for the engaging party is prohibited.

7. Deficiency rectification

(1) In case there are any deficiencies, the engaging party is entitled to specific subsequent performance by the German Public Auditor. The engaging party may reduce the fees or cancel the contract for failure of such subsequent performance, for subsequent non-performance or unjustified refusal to perform subsequently, or for unconscionability or impossibility of subsequent performance. If the engagement was not commissioned by a consumer, the engaging party may only cancel the contract due to a deficiency if the service rendered is not relevant to him due to failure of subsequent performance, to subsequent non-performance, to unconscionability or impossibility of subsequent performance. No. 9 applies to the extent that further claims for damages exist.

(2) The engaging party must assert a claim for the rectification of deficiencies in writing (*Textform*) [Translator's Note: *The German term "Textform" means in written form, but without requiring a signature*] without delay. Claims pursuant to paragraph 1 not arising from an intentional act expire after one year subsequent to the commencement of the time limit under the statute of limitations.

(3) Apparent deficiencies, such as clerical errors, arithmetical errors and deficiencies associated with technicalities contained in a German Public Auditor's professional statement (long-form reports, expert opinions etc.) may be corrected – also versus third parties – by the German Public Auditor at any time. Misstatements which may call into question the results contained in a German Public Auditor's professional statement entitle the German Public Auditor to withdraw such statement – also versus third parties. In such cases the German Public Auditor should first hear the engaging party, if practicable.

8. Confidentiality towards third parties, and data protection

(1) Pursuant to the law (§ [Article] 323 Abs 1 [paragraph 1] HGB [German Commercial Code: *Handelsgesetzbuch*], § 43 WPO [German Law regulating the Profession of Wirtschaftsprüfer: *Wirtschaftsprüferordnung*], § 203 StGB [German Criminal Code: *Strafgesetzbuch*]) the German Public Auditor is obligated to maintain confidentiality regarding facts and circumstances confided to him or of which he becomes aware in the course of his professional work, unless the engaging party releases him from this confidentiality obligation.

(2) When processing personal data, the German Public Auditor will observe national and European legal provisions on data protection.

9. Liability

(1) For legally required services by German Public Auditors, in particular audits, the respective legal limitations of liability, in particular the limitation of liability pursuant to § 323 Abs. 2 HGB, apply.

(2) Insofar neither a statutory limitation of liability is applicable, nor an individual contractual limitation of liability exists, the liability of the German Public Auditor for claims for damages of any other kind, except for damages resulting from injury to life, body or health as well as for damages that constitute a duty of replacement by a producer pursuant to § 1 ProdHaftG [German Product Liability Act: *Produkthaftungsgesetz*], for an individual case of damages caused by negligence is limited to € 4 million pursuant to § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO.

(3) The German Public Auditor is entitled to invoke demurs and defenses based on the contractual relationship with the engaging party also towards third parties.

(4) When multiple claimants assert a claim for damages arising from an existing contractual relationship with the German Public Auditor due to the German Public Auditor's negligent breach of duty, the maximum amount stipulated in paragraph 2 applies to the respective claims of all claimants collectively.

(5) An individual case of damages within the meaning of paragraph 2 also exists in relation to a uniform damage arising from a number of breaches of duty. The individual case of damages encompasses all consequences from a breach of duty regardless of whether the damages occurred in one year or in a number of successive years. In this case, multiple acts or omissions based on the same source of error or on a source of error of an equivalent nature are deemed to be a single breach of duty if the matters in question are legally or economically connected to one another. In this event the claim against the German Public Auditor is limited to € 5 million. The limitation to the fivefold of the minimum amount insured does not apply to compulsory audits required by law.

(6) A claim for damages expires if a suit is not filed within six months subsequent to the written refusal of acceptance of the indemnity and the engaging party has been informed of this consequence. This does not apply to claims for damages resulting from scienter, a culpable injury to life, body or health as well as for damages that constitute a liability for replacement by a producer pursuant to § 1 ProdHaftG. The right to invoke a plea of the statute of limitations remains unaffected.

10. Supplementary provisions for audit engagements

(1) If the engaging party subsequently amends the financial statements or management report audited by a German Public Auditor and accompanied by an auditor's report, he may no longer use this auditor's report.

If the German Public Auditor has not issued an auditor's report, a reference to the audit conducted by the German Public Auditor in the management report or any other public reference is permitted only with the German Public Auditor's written consent and with a wording authorized by him.

(2) If the German Public Auditor revokes the auditor's report, it may no longer be used. If the engaging party has already made use of the auditor's report, then upon the request of the German Public Auditor he must give notification of the revocation.

(3) The engaging party has a right to five official copies of the report. Additional official copies will be charged separately.

11. Supplementary provisions for assistance in tax matters

(1) When advising on an individual tax issue as well as when providing ongoing tax advice, the German Public Auditor is entitled to use as a correct and complete basis the facts provided by the engaging party – especially numerical disclosures; this also applies to bookkeeping engagements. Nevertheless, he is obligated to indicate to the engaging party any errors he has identified.

(2) The tax advisory engagement does not encompass procedures required to observe deadlines, unless the German Public Auditor has explicitly accepted a corresponding engagement. In this case the engaging party must provide the German Public Auditor with all documents required to observe deadlines – in particular tax assessments – on such a timely basis that the German Public Auditor has an appropriate lead time.

(3) Except as agreed otherwise in writing, ongoing tax advice encompasses the following work during the contract period:

- a) preparation of annual tax returns for income tax, corporate tax and business tax, as well as wealth tax returns, namely on the basis of the annual financial statements, and on other schedules and evidence documents required for the taxation, to be provided by the engaging party
- b) examination of tax assessments in relation to the taxes referred to in (a)
- c) negotiations with tax authorities in connection with the returns and assessments mentioned in (a) and (b)
- d) support in tax audits and evaluation of the results of tax audits with respect to the taxes referred to in (a)
- e) participation in petition or protest and appeal procedures with respect to the taxes mentioned in (a).

In the aforementioned tasks the German Public Auditor takes into account material published legal decisions and administrative interpretations.

(4) If the German Public auditor receives a fixed fee for ongoing tax advice, the work mentioned under paragraph 3 (d) and (e) is to be remunerated separately, except as agreed otherwise in writing.

(5) Insofar the German Public Auditor is also a German Tax Advisor and the German Tax Advice Remuneration Regulation (*Steuerberatungsvergütungsverordnung*) is to be applied to calculate the remuneration, a greater or lesser remuneration than the legal default remuneration can be agreed in writing (*Textform*).

(6) Work relating to special individual issues for income tax, corporate tax, business tax, valuation assessments for property units, wealth tax, as well as all issues in relation to sales tax, payroll tax, other taxes and dues requires a separate engagement. This also applies to:

- a) work on non-recurring tax matters, e.g. in the field of estate tax, capital transactions tax, and real estate sales tax;
- b) support and representation in proceedings before tax and administrative courts and in criminal tax matters;
- c) advisory work and work related to expert opinions in connection with changes in legal form and other re-organizations, capital increases and reductions, insolvency related business reorganizations, admission and retirement of owners, sale of a business, liquidations and the like, and
- d) support in complying with disclosure and documentation obligations.

(7) To the extent that the preparation of the annual sales tax return is undertaken as additional work, this includes neither the review of any special accounting prerequisites nor the issue as to whether all potential sales tax allowances have been identified. No guarantee is given for the complete compilation of documents to claim the input tax credit.

12. Electronic communication

Communication between the German Public Auditor and the engaging party may be via e-mail. In the event that the engaging party does not wish to communicate via e-mail or sets special security requirements, such as the encryption of e-mails, the engaging party will inform the German Public Auditor in writing (*Textform*) accordingly.

13. Remuneration

(1) In addition to his claims for fees, the German Public Auditor is entitled to claim reimbursement of his expenses; sales tax will be billed additionally. He may claim appropriate advances on remuneration and reimbursement of expenses and may make the delivery of his services dependent upon the complete satisfaction of his claims. Multiple engaging parties are jointly and severally liable.

(2) If the engaging party is not a consumer, then a set-off against the German Public Auditor's claims for remuneration and reimbursement of expenses is admissible only for undisputed claims or claims determined to be legally binding.

14. Dispute Settlement

The German Public Auditor is not prepared to participate in dispute settlement procedures before a consumer arbitration board (*Verbraucherschlichtungsstelle*) within the meaning of § 2 of the German Act on Consumer Dispute Settlements (*Verbraucherstreitbeilegungsgesetz*).

15. Applicable law

The contract, the performance of the services and all claims resulting therefrom are exclusively governed by German law.